

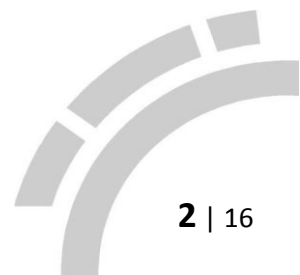
Sitzungsniederschrift

6. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: Stadthalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 15.09.2022	Sitzungsbeginn: 15:01 Uhr	Sitzungsende: 16:52 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Behrends, Kuno	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	ab TOP 19
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Behrens, Sven	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzender CDU/Gruppenvorsitzender CDU/FDP
Bents, Kay	GRÜNE	
Buschmann, Saskia	CDU/FDP	
de Vries, Kevin	SPD	
Emkes, Helmut	CDU/FDP	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Forster, Hans	SPD	
Gerdes, Hilko	CDU/FDP	Stv. Landrat
Gerpen, Dorothea van	SPD	
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin, bis TOP 20
Harms, Erich	SPD	
Harms, Uwe	CDU/FDP	
Ihmels, Beate	SPD	

Jacobsen, Alfred	SPD	bis TOP 23
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Krüger, Detlev	FW im LK Aurich	
Krüsmann, Enno	SPD	
Looden, Jan	AfD	Fraktionsvorsitzender AfD
Meinen, Olaf		Landrat
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im LK Aurich	
Odens, Roelf	CDU/FDP	ab TOP 10
Ott, Gunnar	GRÜNE	Fraktionsvorsitzender GRÜNE
Reinders, Hermann	CDU/FDP	
Reinken, Wilhelm	FW im LK Aurich	
Saathoff, Georg	SPD	
Schiffmann, Fabian	SPD	
Schoone, Friede	SPD	
Seeberg, Timo	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Stegemann, Regina	GRÜNE	
Stöhr, Uwe	SPD	
Tammen, Harald	CDU/FDP	
Tjaden, Hinrich	CDU/FDP	
Trauernicht, Matthias	FW im LK Aurich	
Tyedmers, Johannes	AfD	
Ubben, Heinrich	FW im LK Aurich	
Wienbecker, Johann	FW im LK Aurich	
Wimberg, Theo	SPD	
Wittmer-Kruse, Olaf	GRÜNE	
Verwaltung		
Ahten, Eiko		Baudezernent
Jelden, Frauke		Gleichstellungsbeauftragte
Kleen, Holger		
Müller-Gummels, Rainer		
Puchert, Dr. Frank		Erster Kreisrat



Schoone, Vera		Protokollführerin
Smolinski, Sebastian		Kreisrat
Nicht anwesend:		
Mitglieder		
Bathmann, Harald	SPD	
Biller, Anita	SPD	
Buß, Insa	GRÜNE	
Buss, Sarah	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzende FDP
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Kleen, Johannes	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Saathoff, Johann	SPD	
Siebels, Wiard	SPD	
Stange, Axel	SPD	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Ubben, Hilde	FW im LK Aurich	Fraktionsvorsitzende FW im LK Aurich
Weilage, Udo	CDU/FDP	
Weiss, Edgar	FW im LK Aurich	
Verwaltung		
Wessels, Laura		

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der öffentlichen Sitzung
2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 13.07.2022
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Feststellung des Sitzverlustes der Abg. Insa Buß, GRÜNE Vorlage: X/2022/117
7.	Verpflichtung und Belehrung des Kreistagsabgeordneten Kay Bents, GRÜNE, gem. § 60 und § 43 i. V. m. § 54 Abs. 3 NKomVG Vorlage: X/2022/116
8.	Bekanntgabe der Bildung einer Fraktion Vorlage: X-MV/2022/021
9.	Umbesetzung von verschiedenen Ausschüssen Vorlage: X/2022/118

10.	Benennung von beratenden Mitgliedern für den Aufsichtsrat der Kreisbahn Aurich GmbH Vorlage: X/2022/083
11.	Benennung von beratenden Mitgliedern für die Wirtschaftsförderung Landkreis Aurich GmbH (WLA) Vorlage: X/2022/092
12.	Beschwerde gem. § 34 NKomVG und § 9 der Hauptsatzung des Landkreises Aurich; hier: 33. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Südbrookmerland zur Schaffung von Planungsrecht für das geplante Zentralklinikum Georgsheil Vorlage: X/2022/115
13.	Jobcenter: Jahresabschluss 2019 Vorlage: X/2022/106
14.	Jobcenter: Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019 Vorlage: X/2022/107
15.	Jobcenter: Prüfbericht 2019 Vorlage: X/2022/108
16.	Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG Vorlage: X/2022/119
17.	Bezuschussung der Kreisjugendfeuerwehr im Rahmen des Kreiszeltlagers Vorlage: X/2022/123
18.	Erhöhung der Ausgaben aus der Feuerschutzsteuer für die ostfriesischen Inseln Vorlage: X/2022/124
19.	Antrag der Freien Wählergemeinschaft vom 09.08.2022; Informationen zum Thema EWE Vorlage: X-AF/2022/025
20.	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 31.08.2022; Resolution gegen ein neues AKW in Eemshaven Vorlage: X-AF/2022/028
21.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2022; Ausrufung des Klimanotstands Vorlage: X-AF/2022/029
22.	Antrag der SPD Fraktion vom 01.09.2022; Aufstellung einer Bedarfsampel an der B210 Abbiegung Bedekaspeler Marsch Vorlage: X-AF/2022/031
23.	Bekanntgabe von Eilentscheidungen im Kreistag am 15.09.2022 Vorlage: X-Eil/2022/010
24.	Bericht des Landrates
25.	Einwohnerfragestunde
26.	Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
27.	Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Behrends eröffnete um 15:01 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 13.07.2022

Abg. Meyerholz wies darauf hin, dass das Protokoll der letzten Sitzung erst nach zwei Monaten freigeschaltet worden sei und sich die Verwaltung an die in der Geschäftsordnung geregelte Frist halten solle.

Abg. Albers erklärte, in der letzten Sitzung habe nach einem Wortbeitrag der Abg. Stegemann bereits die Abstimmung stattgefunden, während sie noch auf dem Weg zu ihrem Platz gewesen sei. Sie bat darum, dass dies zukünftig beachtet werde.

Die Niederschrift – öffentlicher Teil – vom 13.07.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es lag keine Wortmeldung vor.



TOP 6 Feststellung des Sitzverlustes der Abg. Insa Buß, GRÜNE
Vorlage: X/2022/117

Der Kreistag stellt den Sitzverlust der Abg. Insa Buß, GRÜNE, fest.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 7 Verpflichtung und Belehrung des Kreistagsabgeordneten Kay
Bents, GRÜNE, gem. § 60 und § 43 i. V. m. § 54 Abs. 3 NKomVG
Vorlage: X/2022/116

Landrat Meinen nahm die Verpflichtung und Belehrung des Abg. Kay Bents vor.

TOP 8 Bekanntgabe der Bildung einer Fraktion
Vorlage: X-MV/2022/021

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 9 Umbesetzung von verschiedenen Ausschüssen
Vorlage: X/2022/118

Landrat Meinen wies darauf hin, dass es noch eine Ergänzung gebe. Bei der Musikschule habe Herr Artur Prax Herrn Helmut Weikelt als Betriebsratsvorsitzender abgelöst und werde damit beratendes Mitglied im Beirat.

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration: Frau Kerstin Wilken scheidet aus, Herr Dieter Hülsebus wird ordentliches Mitglied

Jugendhilfeausschuss: Frau Kerstin Wilken scheidet aus, Herr Dieter Hülsebus wird ordentliches Mitglied.

Herr Kay Bents, GRÜNE, übernimmt die Ausschusssitze von Frau Insa Buß, GRÜNE:

Als Mitglied: Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur sowie Interfraktionelle Arbeitsgruppe Schulentwicklung

Als stellvertretendes Mitglied: Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz, Betriebsausschuss Breitbandnetz Landkreis Aurich, Beirat Musikschule gGmbH

Im Betriebsausschuss KVHS Aurich/Norden sowie in den Gesellschafterversammlungen der KVHS Aurich gGmbH und der KVHS Norden gGmbH wird Herr Bents Mitglied für Herrn Gunnar Ott.

Beirat Musikschule: Herr Artur Prax hat Herrn Helmut Weikelt als Betriebsratsvorsitzender abgelöst und wird beratendes Mitglied

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ einstimmig beschlossen

TOP 10 Benennung von beratenden Mitgliedern für den Aufsichtsrat der Kreisbahn Aurich GmbH
Vorlage: X/2022/083

Der Kreistag entsendet in den Aufsichtsrat der Kreisbahn Aurich GmbH folgende beratende Mitglieder:

	Beratendes Mitglied	Stellv. beratendes Mitglied
AfD	Jan Looden	Johannes Tyedmers

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ einstimmig beschlossen

TOP 11 Benennung von beratenden Mitgliedern für die Wirtschaftsförderung Landkreis Aurich GmbH (WLA)
Vorlage: X/2022/092

Der Kreistag entsendet in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung Landkreis Aurich GmbH (WLA) folgende beratende Mitglieder:

	Beratendes Mitglied	Stellv. beratendes Mitglied
AfD	Jan Looden	Johannes Tyedmers

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ einstimmig beschlossen

TOP 12 Beschwerde gem. § 34 NKomVG und § 9 der Hauptsatzung des Landkreises Aurich; hier: 33. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Südbrookmerland zur Schaffung von Planungsrecht für das geplante Zentralklinikum Georgsheil
Vorlage: X/2022/115

Abg. Ott erklärte, inhaltlich stimme er der Beschwerde des Petenten zwar zu, sie komme jedoch zu einem viel zu späten Zeitpunkt.

Der Beschwerde des Petenten wird nicht abgeholfen. Dem Petenten geht ein Antwortschreiben zu, in welchem die Sach- und Rechtslage erläutert wird.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 11
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 13 Jobcenter: Jahresabschluss 2019
Vorlage: X/2022/106

1. Der mit Datum vom 28.02.2022 durch den Vorstand festgestellte Jahresabschluss der Landkreis Aurich – Jobcenter kAöR für das Haushaltsjahr 2019 wird beschlossen.
2. Das im Jahresabschluss 2019 in der Ergebnisrechnung festgestellte Defizit in Höhe von 88.429,66 € wird mit den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses verrechnet.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 14 Jobcenter: Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2019
Vorlage: X/2022/107

Dem Vorstand wird für die Haushaltsführung im Haushaltsjahr 2019 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 15 Jobcenter: Prüfbericht 2019
Vorlage: X/2022/108

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2019 werden zur Kenntnis genommen.

Der überplanmäßige Aufwand in Höhe von 88.429,66 € wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 16 **Beteiligung an der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG**
Vorlage: X/2022/119

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, einen Geschäftsanteil der Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG zu einem Kaufpreis von 1.000,- € zu erwerben.
2. Zur Wahl *des*, in die Generalversammlung der ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft eG zu entsendenden, stimmberechtigten *Vertreter*s wird *der Landrat, Herr Olaf Meinen* bestimmt. Zur Wahl *seines Vertreter*s wird *der Leiter des Amtes für IT und Digitales, Herr Andreas Fleck* bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 17 **Bezuschussung der Kreisjugendfeuerwehr im Rahmen des Kreiszeltlagers**
Vorlage: X/2022/123

Abg. Wienbeuker erklärte, er begrüße die Zuschussung. Die Kreisjugendfeuerwehr habe eine große Bandbreite an Aufgaben und die Ehrenamtlichkeit könne nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Der Landkreis Aurich bezuschusst die Kreisjugendfeuerwehr jährlich mit 3.000 Euro für das Kreisjugendfeuerwehrzeltlager.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 18 **Erhöhung der Ausgaben aus der Feuerschutzsteuer für die ostfriesischen Inseln**
Vorlage: X/2022/124

Der Landkreis Aurich erhöht ab dem Haushaltsjahr 2023 die Ausgaben aus der Feuerschutzsteuer für die Inseln Baltrum, Juist und Norderney jährlich um je 10.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 19 Antrag der Freien Wählergemeinschaft vom 09.08.2022; Informa-
tionen zum Thema EWE
Vorlage: X-AF/2022/025

Abg. Krüger erläuterte den Antrag.

Abg. Ott erklärte, es sei leicht, die Schuld auf den jetzigen Minister zu schieben. In den letzten Jahren sei jedoch auch schon einiges schief gegangen. Der Antrag sei zwar inhaltlich gut, den Seitenhieb habe man sich jedoch sparen können.

Abg. Jelken verwies auf die von der EWE angebotene Infoveranstaltung am 05.09., in der das Thema ausführlich erläutert worden sei. Die Preisgestaltung sei eine Sache der Geschäftsführung und des Vorstandes, dabei hätten weder die Verbandsversammlung noch der Verbandsausschuss ein Mitspracherecht. Der Anteil des Landkreises betrage zudem lediglich 2,85 %, sodass die Einflussmöglichkeiten gering seien. Wenn man die Preise der Energieversorger derzeit vergleiche, sei die EWE noch einer der günstigsten. Selbstverständlich könne er die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger verstehen, eine Einflussnahme auf die Preisgestaltung sei jedoch kaum möglich.

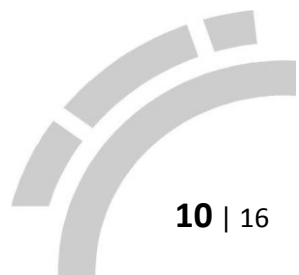
Abg. Seelgen entgegnete, dass auch andere Städte und Gemeinden im Weser-Elbe-Gebiet Anteile an der EWE halten würden und man zusammen mit Sicherheit Einfluss nehmen könne. Sie habe diesbezüglich ebenfalls Anträge gestellt, die in der nächsten Sitzung besprochen würden.

Abg. E. Harms erklärte, er könne den Ausführungen des Abg. Jelken folgen. Zudem werde man auch von den in den Gremien der EWE vertretenden Abgeordneten immer gut informiert.

Landrat Meinen wies darauf hin, dass die Politik derzeit an vielen Stellen unterwegs sei. Die Entwicklung der Energiepreise sei besorgniserregend und bei vielen auch noch nicht in Gänze angekommen. Bezüglich der Probleme in der Kundenorientierung bei der EWE verwies er auf personelle Konsequenzen, die bereits gezogen worden seien. Man sei dort auf einem guten Weg. Für die Preise sei jedoch der Vorstand zuständig. Seitens der beteiligten Städte und Landkreise stehe man in einem engen Austausch mit der EWE, so **Landrat Meinen**. Insbesondere die Politiker in Bund und EU seien jedoch nun gefordert, die explodierenden Strom- und Gaspreise in den Griff zu bekommen. Bei den Verhandlungen zum geplanten Härtefallfonds sei die EWE vorne mit dabei. Das Sozialministerium habe den Auftrag bekommen, die Administration diesbezüglich zu regeln.

Landrat Meinen erklärte, es bleibe derzeit keine weitere Möglichkeit, als das dritte Entlastungspaket abzuwarten. Auch beim Landkreis Aurich gebe es eine steigende Anzahl an Anfragen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern. Die Forderung aus dem vorliegenden Antrag könne jedoch so von den Vertretern in den Gremien nicht umgesetzt werden und sei insgesamt zu unkonkret. Er schlage daher vor, dass in der nächsten Sitzung des Kreistages ausführlich Stellung genommen werde.

Abg. Meyerholz erklärte, er habe auf Aussagen des Abg. J. Saathoff gehofft, der heute jedoch nicht anwesend sei. Er persönlich habe nun trotz eines Festvertrags eine Erhöhung des Abschlags zum 01.10. erhalten. Im Gegenzug sollte eigentlich die Mehrwertsteuer gesenkt werden, dies sei jedoch noch nicht passiert. Er wolle daher gerne wissen, wann man mit der Senkung rechnen könne.



Landrat Meinen erwiderte, die Senkung erfolge grundsätzlich zum 01.10. und werde im Nachhinein an die Verbraucher weitergegeben. Mitte Oktober sei eine Sitzung der EWE angesetzt, er werde im Anschluss daran berichten.

Abg. Forster schlug vor, den Vorstandsvorsitzenden der EWE in die nächste Sitzung des Kreistages einzuladen.

Landrat Meinen erklärte, eine Einladung sei zwar möglich, es sei jedoch eher unwahrscheinlich, dass Herr Dohler dieser folgen werde, da das Verbandsgebiet sehr groß sei.

Abg. Behrens stimmte seinen Vorrednern zu, dass das Thema richtig und wichtig sei. Dem Antrag könne man jedoch nicht ohne weiteres zustimmen.

Sodann stimmte der Kreistag über den Antrag ab:

Der Landrat und die in den Gremien der EWE vertretenen Kreistagsmitglieder werden beauftragt, in den nächsten Sitzungen des Finanzausschusses a) ausführlich über die in der Begründung aufgeführten Themen zu berichten und b) in den Aufsichtsgremien der EWE zusammen mit den Vertretern der anderen Kommunen darauf hinzuwirken, dass das Verhalten der EWE hinsichtlich der Preisgestaltung transparenter und gerechter geregelt wird, dass das Verhalten der EWE gegenüber Kunden direkter und kompetenter sowie kundenorientierter verbessert wird und dass sozialverträgliche Lösungen für unverschuldete Zahlungsschwierigkeiten von Energiekunden entwickelt und beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 32 Enthaltungen: 2
➡ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 20 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 31.08.2022:**
Resolution gegen ein neues AKW in Eemshaven
Vorlage: X-AF/2022/028

Abg. Ott erläuterte den Antrag.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Aurich lehnt ein mögliches AKW in Eemshaven ab und unterstützt die Bemühungen von Borkum, Emden und Groningen sowie die eindeutige ablehnende Handlung des Landes Niedersachsen.

Der Kreistag bittet die Niedersächsische Landesregierung und die Bundesregierung gegenüber der Niederländischen Seite den Protest weiterhin zu unterstützen und – auf Grundlage der Beschlüsse aus 2011 aus der Atomenergie auszusteigen – insbesondere auf den zu befürchtenden Schaden über die Grenzen der Ems-Dollart-Region hinaus hinzuweisen.



Abstimmungsergebnis:

 Ja-Stimmen: 33 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 11
 **mehrheitlich beschlossen**

TOP 21 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2022; Aus-
 rufung des Klimanotstands**
Vorlage: X-AF/2022/029

Abg. Wittmer-Kruse erläuterte den Antrag.

Abg. Jelken merkte an, dass diese Thematik in den vergangenen Jahren bereits ausgiebig diskutiert wurde. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei dies vor den Landtagswahlen verständlicherweise ein interessantes Thema. Eine ernsthafte Evaluierung finde laut Antrag nicht statt. Dabei hätte der Landkreis Aurich insbesondere im Anschluss des Kreistagsbeschlusses vom 19.12.2019 viel in den Klimaschutz investiert. So wurde im Jahr 2020 ein Klimakonzept ausgearbeitet und ausführlich vorgestellt. Klimaschutz sei zudem immer wieder Thema in den Ausschüssen. An der bisherigen Arbeit müsse man anknüpfen, die Ausrufung eines „Klimanotstandes“ sei indes aber nicht notwendig.

Abg. Forster beanstandete, der Antrag würde den Eindruck erwecken, dass der Landkreis Aurich nichts aktiv für den Klimaschutz unternehme, was nicht den Tatsachen entspreche. Die Ausrufung eines „Klimanotstandes“ könne daher nur als symbolischer Akt verstanden werden. Einen Kreistagsbeschluss halte er für nicht zielführend und schlug vor, den Antrag zur weiteren Erörterung in den Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz zu verweisen.

Landrat Meinen gab zu bedenken, dass die Ausrufung eines „Klimanotstandes“ neben den aktuellen Themen Corona, Krieg, Geflüchtete und insbesondere der Energiekrise zusätzliche Verunsicherung in der Bevölkerung bewirken würde. Die von Abg. Jelken aufgeführten Maßnahmen könnten noch um ein Vielfaches erweitert werden. Er schloss sich dem Vorschlag des Abg. Forster hinsichtlich einer Verweisung an den Fachausschuss an.

Abg. Ott brachte ein, die langfristigen Ziele würden aus den Augen verloren. Man müsse dem Klimawandel entgegentreten. Der Beschluss aus 2019 solle erweitert werden, es handle sich somit nicht um den gleichen Antrag. Eine Betitelung des Antrages als „Symbolpolitik“ lehne er ab. Der Katastrophenschutz müsse sich mit dem Thema unter anderem bei der Beschaffung von Fahrzeugen auseinandersetzen. Mit der Ausrufung des Notstandes könne man Druck ausüben.

Landrat Meinen entgegnete, dass im Antrag von der „Ausrufung des Klimanotstandes“ die Rede ist. Dies sei Symbolpolitik. Die Ausrufung sei ferner keine Voraussetzung für die Inanspruchnahme von Leistungen. Über einzelne Themen könne man diskutieren, jedoch dürfe keine zusätzliche Verunsicherung in der Bevölkerung entstehen.



Abg. Behrens berichtete, dass bereits 2019 über den Antrag kontrovers diskutiert wurde. Seinerzeit sei dieser bei lediglich 8 Ja-Stimmen abgelehnt worden. Dass die Verwaltung dargestellt würde, als würde sie nichts unternehmen, kritisierte er scharf. Es gebe einen vielfältigen Maßnahmenkatalog. Die Thematik bezeichnete er als Landtagswahlkampf. Ferner lobte er den Vorschlag des Abg. Forster, den Antrag in den Fachausschuss zu verweisen.

Abg. Wienbeuker stimmte den Ausführungen von Landrat Meinen zu. Die Ausrufung eines Notstandes wäre mit Unsicherheiten behaftet. Beim Thema Klima müssten die Bürger mitgenommen werden. Sie würden trotz diverser Neuausrüstungen und Modernisierungen immer weiter zur Kasse gebeten. Zudem dürfe man beispielsweise mit dem Thema Ahrtal nicht immer Politik betreiben.

Abg. Seelgen mahnte an, die Krisen nicht gegeneinander auszuspielen. Der Klimawandel sei nicht rückgängig zu machen. Der Notstand sei längst da, sodass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als unkritisch anzusehen sei.

Abg. Ott untermalte, dass es sich nicht um ein Wahlkampfthema handle und beantragte daraufhin ebenfalls den Antrag in den Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz zu verweisen.

Sodann fasste der Kreistag den folgenden Beschluss hinsichtlich der Verweisung des Antrags in den Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz:

Der Antrag wird in den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 18 Enthaltungen: 1
 ➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 22 **Antrag der SPD Fraktion vom 01.09.2022; Aufstellung einer Bedarfsampel an der B210 Abbiegung Bedekaspeler Marsch**
Vorlage: X-AF/2022/031

Abg. Kleinert erläuterte den Antrag.

Abg. Altmann teilte mit, dass dem Antrag seitens ihrer Fraktion zugestimmt werde, diese Zustimmung aber nicht mit einer Zustimmung zur Zentralklinik zu verwechseln sei.

Abg. Krüger merkte an, dass die geschilderte Sachlage nicht den Tatsachen entspreche. Die Ablehnung erfolgte seinerzeit aus Zuständigkeitsgründen. Diese liege beim Land. Eine Drittelung der Kosten zwischen Land, Gemeinde und Kreis sei abgelehnt worden. Bei der Sitzung in Südbrookmerland habe Marcel Schäfer, Amtsleiter Bürgerdienste, Ordnung und Sicherheit des Landkreises Aurich, den Sachverhalt geschildert. Unter Verweis auf die Verkehrsmessergebnisse von durchschnittlich fünf Fußgängern und Radfahrern pro Stunde, würden die Mindestüberquerungen für das Aufstellen einer Ampelanlage nicht vorliegen. Die Erforderlichkeit einer Ampelanlage sei



daher nicht gegeben. Eine negative Sicherheitsbeeinträchtigung von Schülern aus Bedekaspele läge nicht vor, da diese an der Bushaltestelle vor Ort abgeholt würden. Warum die Verwaltung sich nun für die Ampel einsetzen solle, sei nicht nachvollziehbar. Es handle sich hierbei um ein Wahlkampfthema der SPD. Die Gemeinde sei sicherlich zu weiteren Gesprächen bereit.

Baudezernent Ahten schildert den aktuellen Planungsstand. So sei an der Abzw. „Bedekaspele Marsch“ am Marscher Weg ein barrierefreier Haltestellenausbau gegenüberliegend nördlich und südlich der Bundesstraße geplant. Der Ausbau sehe eine beidseitige Errichtung von Busbuchten, Aufstellflächen für ÖPNV-Nutzer inklusive Wartehallen und Fahrrad-Ahnlehnbügel vor sowie eine sichere Verbindung für Fußgänger und Radfahrende zum Haltestellenbereich. Dafür sollen nicht barrierefrei ausgebaut Haltestellen in der Nähe künftig entfallen. Im Zuge des Ausbaus solle zudem eine sichere Quermöglichkeit der Bundesstraße entstehen. Hierfür sei anfangs eine bauliche Querungshilfe vorgesehen gewesen, die jedoch u.a. wegen des Schwerverkehrsanteils und besonderen Schwerverkehrs vom Straßenbaulastträger nicht befürwortet worden sei.

Daher sei die Installation einer Lichtsignalanlage in Betracht gezogen und im Rahmen einer Verkehrsbereisung von der Verkehrssicherheitskommission befürwortet worden, auch wenn die Querschnittszahlen für eine verkehrsbehördliche Anordnung nicht vorliegen würden. Die Gemeinde Südbrookmerland hatte jedoch im Rahmen des Planungsprozesses verwaltungsseits in Aussicht gestellt, die Kosten hierfür zu übernehmen, so dass die Lichtsignalanlage Bestandteil der Planung geworden sei. Die Lichtsignalanlage würde nicht nur eine sichere Quermöglichkeit für die ÖPNV-Nutzer schaffen, sondern ebenfalls für den allgemeinen touristischen Radverkehr.

Der notwendige Tiefbau für die Maßnahme solle durch die Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Aurich, im Rahmen der grundlegenden Sanierung der B 210 erfolgen während die Aufstellung der Wartehallen und der Fahrrad-Anlehnbügel durch den Landkreis Aurich geplant sei. Die Gesamtkosten von rd. 400 T€ würden ungefähr je zur Hälfte von Landesbehörde und Landkreis getragen. Die Lichtsignalanlage sei als untergeordneter Kostenanteil der Gemeinde vorgesehen gewesen, wie es in der Vergangenheit bei anderen sog. Bedarfsampeln bereits geübte Praxis sei. Aufgrund der fehlenden Bereitschaft zur Kostenübernahme für die Lichtsignalanlage sei die Planung derzeit nicht umsetzbar.

Abg. Albrecht zeigte sich enttäuscht von den Ausführungen des Abg. Krüger. Die Sicherheit von Menschen sei kein Wahlkampf, sondern Tagesgeschäft. Die Bundesstraße sei nicht sicher genug. Eltern müssten Angst um ihre Kinder haben. Außerdem werde die Straße auch touristisch viel genutzt. Schließlich führe der 3-Meere-Weg über den Marscher Weg.

Landrat Meinen monierte, die Bedarfsampel werde zu einem Politikum. Er appellierte, das wichtige Thema der Verkehrssicherheit den Fachleuten zu überlassen. Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr habe in ihrem Zuständigkeitsgebiet Aurich, Leer, Friedeburg und Wittmund bisher insgesamt 14 sogenannte „Kann-Ampeln“ installiert, davon vier im Landkreis Aurich in Wallinghausen, Egels, Walle und Timmel. Die örtlichen Gemeinden und Städte hätten bisher stets die Kosten der Ampelanlagen getragen. Sollte dem Antrag zugestimmt werden, würde man erneut Gespräche mit der Gemeinde aufnehmen.



Abg. Wienbeucker führte aus, dass es sich hier um kein Politikum handle und bat in diesem Zusammenhang ebenfalls um Unterstützung hinsichtlich einer Bedarfsampel an der Kreisstraße in Jennelt an der Grundschule.

Abg. Harms verwies als positives Beispiel auf eine Bedarfsampel an der L1 in Ihlow, welche ohne Diskussion von der Gemeinde finanziert wurde.

Sodann fasste der Kreistag den folgenden Beschluss:

Die Kreisverwaltung wird gebeten, Gespräche mit der Gemeinde Südbrookmerland zu führen, um diese von der Notwendigkeit einer Ampelanlage zu überzeugen und somit eine zügige Umsetzung der Bedarfsampel zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 38 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 2
➡ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 23 Bekanntgabe von Eilentscheidungen im Kreistag am 15.09.2022
Vorlage: X-Eil/2022/010

Die Eilentscheidungen werden zur Kenntnis genommen.

TOP 24 Bericht des Landrates

Landrat Meinen berichtete über die Kurzfristenergieversorgungsicherungsmaßnahmenverordnung, die seit dem 01.09.2022 in Kraft sei und unter anderem die Temperatur in öffentlichen Gebäuden regeln würde. Diesbezüglich werde man seitens des Landkreises in Gespräche mit den Gemeinden treten, um einheitliche Regelungen für den Landkreis Aurich zu finden.

TOP 25 Einwohnerfragestunde

Eine **Bürgerin aus Südbrookmerland** bedankte sich für die 38 Ja-Stimmen zu Befürwortung der Bedarfsampel in Bedekaspel. Sie setze sich seit mittlerweile zehn Jahren für die Ampel ein. Diese sei nicht nur wichtig für Schulkinder, sondern auch für Einwohner*innen und Touristen.

TOP 26 Verschiedenes, Wünsche und Anregungen

Abg. Emkes fragte nach dem aktuellen Stand beim Breitbandausbau und der Mobilfunkversorgung.

Landrat Meinen erklärte, hierzu werde es in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses Breitbandnetz einen ausführlichen Bericht geben.

TOP 27 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Behrends schloss um 16:42 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Meinen

Landrat

gez. Behrends

Vorsitzender

gez. Schoone

Protokollführerin

